

18. Mai 2010

Aussagen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine zum Haushalt 2010 und zum Stellenplan

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

sehr geehrte Vertreter der Medien,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben heute über den Haushaltsentwurf des Jahres 2010 zu entscheiden. Im Namen der SPD Fraktion werde ich einige Aspekte benennen ohne nochmals auf die Höhe unterschiedlicher Etatansätze einzugehen.

Die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes ist vielen Städten und Gemeinden in NRW für das Jahr 2010 nicht mehr gelungen. Der vorliegende und zu verabschiedende Entwurf sieht für die Stadt Rheine eine solche Haushaltssicherung aktuell noch nicht vor. Dank der intensiven Vorbereitung und Diskussion des Haushaltes in Politik und Verwaltung konnte ein solches Ergebnis gerade noch vermieden werden. Anzumerken ist aber, dass dieses nur dank der Bereitschaft der Verantwortungsgremien zweier Töchter unserer Stadt gelang. Die Stadtwerke und die Stadtparkasse Rheine haben auf Teile ihres Vermögens verzichtet, um so den städtischen Haushalt für das Jahr 2010 zu unterstützen und zu konsolidieren.

Der zur Abstimmung vorliegende Haushaltsentwurf ist gekennzeichnet von bedrückenden Erkenntnissen und von Hoffnung zugleich.

Die bedrückende Erkenntnis liegt in den eigenen unzureichenden finanziellen Mitteln. Auch mit der Unterstützung von Stadtwerken und Sparkasse geben wir noch rund 15 Millionen Euro mehr aus, als wir auf der Einnahmenseite erzielen. Ohne diese Hilfe hätten wir ein Defizit von rund 20 Millionen Euro. Dennoch hoffen wir alle nach sehr schwierigen Zeiten wieder in eine Situation zu kommen, die der Stadt Rheine die Aufstellung eines Haushaltes ermöglicht, der ohne solche Stützleistungen auskommt. Unsere Verpflichtung -und mit unsere Verpflichtung meine ich sowohl die Führungsverantwortlichen der Verwaltung als auch die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Politik-, unsere Verpflichtung zur ständigen Produktkritik und Überprüfung der ablauforganisatorischen Regelungen sowie der Aufbauorganisation wird noch deutlicher und unverzichtbar, wenn dieses Ziel erreicht werden soll.

Die SPD-Fraktion bedankt sich besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Stadtwerke und der Sparkasse für ihre Bemühungen und Unterstützung. Diese Anstrengungen haben zumindest für das Jahr 2010 geholfen ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden.

Anrede

Bert Brecht hat geschrieben: „Was tun sie“, wurde Herr K gefragt, „wenn sie einen Menschen lieben?“ „Ich mache einen Entwurf von ihm“ sagte Herr K, „und Sorge, dass er ihm ähnlich wird.“ „Wer? Der Entwurf?“ „Nein“, sagte Herr K, „der Mensch.“

Sicher kann man die Verantwortung der Mitglieder des Rates der Stadt Rheine nicht mit der Liebe zu einer konkreten Person vergleichen, wie Brecht es beschrieben hat. Die Verantwortungsübernahme für die Gestaltung des Gemeinwesens in unserer Heimatstadt sollte aber sicher auch davon geprägt sein, dass nicht alles nach dem eigenen unveränderlichen Entwurf gestaltet werden muss und nur die eigene Vorstellung eines funktionierenden Gemeinwesens Gültigkeit haben darf. Eine vielschichtige Gesellschaft benötigt u. E. mehr, selbst wenn die eigene politische Mehrheit oder ein politisches Bündnis etwas anderes ermöglicht. Die großen Ziele in der Kommunalpolitik und hier an erster Stelle die Generationengerechtigkeit lassen sich wohl nur in einer politischen Kultur erreichen, die gekennzeichnet ist vom Miteinander, von Partizipation, von Anerkennung und Toleranz.

Dies gilt nicht nur für das Zusammenwirken von politischen Gremien und dem davon abhängigem Verwaltungshandeln sondern insbesondere für das ehrenamtliche Engagement. Das Gemeinwesen in unserer Stadt ist geprägt von hoher ehrenamtlicher Einsatzbereitschaft und unzähligen freiwilligen Leistungen. Ich glaube, nein ich weiß, dass ein „Leuchtturmprojekt“ wie Kloster / Schloss Bentlage ohne eine solche ehrenamtliche Beteiligung nicht möglich wäre.

Das bürgerschaftliche Engagement in unseren Sportvereinen und die offene Jugendarbeit leisten wesentliche Beiträge zur Vermittlung von Toleranz, Zivilcourage und demokratischen Werten insbesondere in der Jugendarbeit.

Deshalb ist es nach unserer festen Überzeugung wichtig, dass wir, als gewählte Ratsmitglieder das Zusammenwirken in unserer Stadt wesentlich mitgestalten und nicht durch Mehrheiten diktieren. Wir sollten stets bedenken, ob wir unsinnige Diskussionen eröffnen, die zu Verunsicherungen in der Öffentlichkeit beitragen, aber keine Verbesserungen für die Stadt Rheine beinhalten. Weiter sollten wir transparente Beschlüsse fassen und für uns dieselben Maßstäbe berücksichtigen, die wir auch für andere oder von anderen fordern. Erlauben Sie mir, dieses an vier Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit zu belegen.

1. Ihren Kompetenzen entsprechend zog die Bürgermeisterin in einem konkreten Fall eine Personalentscheidung an sich. Frau Ehrenberg war mit dieser Entscheidung offensichtlich zunächst nicht einverstanden und kündigte eine abweichende Meinung in den zuständigen Gremien an. Diese abweichende Meinung wurde dann aber doch nicht abgegeben, weil die Bedenken wohl nicht überzeugend waren. Dennoch wurde eine Kompetenzdebatte zwischen damaliger absoluter Mehrheit der CDU-Fraktion und Verwaltungsführung und der Minderheit im Rat geführt.

2. In der Fraktion von Die Grünen / Bündnis 90 gibt es nach den Kommunalwahlen Streit. Dieser führt dazu, dass Rainer Ortel sowohl aus der Fraktion, als auch aus der Partei austritt.

Ich erinnere an die letzte Ratsperiode an den Fall von Herrn Marcel Tewes. Damals hat der Ratskollege Rainer Ortel den Verzicht auf das Mandat von Herrn Tewes gefordert. Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, wie mit dem fraktionslosen Ratsmitglied Rainer Ortel im Verhältnis zu allen anderen Ratsmitgliedern umgegangen wird? Hat er einen herausgehobenen Status? Hier wird sich in der nahen Zukunft noch zeigen, ob und wie der Umgang sich konkret gestaltet. Für die SPD-Fraktion stelle ich aber fest, dass ich bei aller Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen von Rainer Ortel erwarte, dass er sein Mandat niederlegt. Wenn, aus welchen Gründen auch immer, ein Mandatsträger nicht mehr für die Politik seiner Partei stehen kann oder will, dann gehört es sich nach Überzeugung der SPD-Fraktion, dass das Mandat niedergelegt wird und der Wählerwille sich in der Stärke der Fraktionen im Rat wieder darstellt. Dieses gilt unseres Erachtens auch für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls die Partei Die Grünen / Bündnis 90 verlassen haben.

3. Zur politischen Kultur gehört u. E. auch, dass aus Betroffenen soweit es geht auch Beteiligte gemacht werden, d. h. auf Augenhöhe in den Entscheidungsprozess eingebunden werden oder wenigstens informiert und angehört werden. Ist es richtig, dass zum Beispiel der Verkehrsverein über die Zukunft des Bentlager Dreiklangs aus der Zeitung erfährt? Bei allen Diskussionen zu den Beschlüssen des Kulturausschusses, die jetzige Lage lässt sich nur so beschreiben, dass die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit der Kreuzherrenausstellung anders eingesetzt werden sollen, als der Verkehrsverein es sich in seinen Planungen vorgestellt hat. Nur zur Erinnerung für diejenigen die es vergessen oder verdrängt haben, der Bentlager Dreiklang wird vom Verkehrsverein organisiert. Offen bleibt dabei, ob eine mit Personalkostenzuschuss finanzierte Stelle beim Verkehrsverein verbleiben kann. Aus Sicht des Verkehrsvereins und wohl nicht nur aus deren Sicht muss der Eindruck entstehen, dass die eigenen Leistungen und das eigene Engagement selbstherrlich von anderen ausgenutzt und bestimmt werden.

4. Wie müssen sich ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger des Aussichtsrates der Kloster / Schloss Bentlage gGmbH fühlen, wenn eine funktionierende Partnerschaft in Frage gestellt wird. Gespräche über eine neue Struktur werden angekündigt und gefordert, ein wesentliches Ergebnis dieser Gespräche aber bereits ultimativ formuliert, nämlich die Überführung der Kloster / Schloss Bentlage gGmbH in eine 100%ige Gesellschaft der Stadt Rheine. Ehrenamt und politische Kultur wurden nach Einschätzung der SPD-Fraktion hier mit Füßen getreten. Ein Mehr, ein Gewinn für die Entwicklung der Stadt ist nicht erkennbar. Die verlangten Gespräche sind noch nicht geführt worden. Wir, die SPD, hoffen, dass die noch zu führenden Gespräche den Schaden für das Ehrenamt und die politische Kultur minimieren können. Da keine demokratischen Wahlen anstehen ist jedoch eine gewisse Skepsis vorhanden.

Anrede

lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir den Zusammenhalt in unserer Heimatstadt bewahren und nicht durch Beschlüsse gefährden, die finanzielle nicht erforderlich sind, sozial schädlich sind und das Zusammenwirken in unserer Stadt erschweren. Anders ausgedrückt, lassen sie uns gemeinsam das große Ziel der Konsolidierung des städtischen Haushaltes bei gleichzeitiger Weichenstellung für eine positive Entwicklung nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen immer noch rund 20 Millionen Euro pro Jahr einsparen, wenn wir den nächsten Generationen keinen ruinösen Schuldenberg hinterlassen wollen.

Anrede

der Haushaltsentwurf wurde in den Fachschüssen beraten und in Teilen auch geändert. Es gab Änderungen in den Haushaltsansätzen, die in den Ausschüssen einstimmig beschlossen wurden, es gab aber auch Entscheidungen, welche die SPD-Fraktion nicht mittragen konnte. Dies ist ein normaler demokratischer Vorgang vor der Verabschiedung eines Haushaltsplanes. Er zeigt aber auch den Prozess unterschiedlicher kommunalpolitischer Schwerpunktsetzung der im Rat vertretenen Fraktionen auf.

Ich gehe davon aus, dass alle gefassten Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen 2010 vor dem Hintergrund und im Bewusstsein der problematischen Finanzsituation getroffen wurden. Das ehrliche Bemühen, das Gemeinwesen so zu gestalten, dass ein gesellschaftlicher Gewinn erzielt werden kann und soll, ist deutlich erkennbar.

Einstimmig wurde durch den Rat eine Resolution verabschiedet, die eine Änderung und damit Verbesserung der Strukturen zur finanziellen Ausstattung der Städte und Gemeinden fordert. Hier hat sich endlich die Einsicht durchgesetzt, dass die durch das Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung auch eine ausreichende finanzielle Basis benötigt. Ob und in welcher Form die angestrebten Veränderungen die notwendigen finanziellen Bedürfnisse der Städte und Gemeinden erfüllen werden ist noch offen. Bis zum Jahr 2013 stehen in NRW keine Wahlen mehr an. Wir hoffen, dass die wahlfreie Zeit nicht dazu führt, dass die von Landes- und Bundespolitikern öffentlich geäußerten Bekenntnisse und Versprechen zur gerechteren finanziellen Ausstattung der Kommunen, reine Versprecher waren.

Positiv sind u. E. auch die getroffenen Beschlüsse zum Tunneldurchstich, zur Entwicklung der Bahnseitenflächen und die Sanierung des Bahnhofes zu bewerten. Diese Entwicklungen zeigen, dass die Stadt auch in schwierigen finanziellen Zeiten die Weichen für eine positive Entwicklung stellt. Unverständlich bleibt für die SPD Fraktion warum sich die FDP trotz eindeutiger Gutachten immer noch gegen die verkehrliche Erschließung des neuen Gewerbegebietes Rheine positioniert.

Die schwierige Neugestaltung des Areals Im Coesfeld / Münstertor scheint sich ebenfalls positiv zu gestalten. Dieses Projekt zeigt aber auch deutlich auf, dass eine wirkungsvolle und zukunftsorientierte Entwicklung nicht nur vom Rat der Stadt Rheine und seinen Beschlüssen abhängt. Grundstückseigentümer, Kreditinstitute, Interessengruppen und Investoren sind mit Ihren Vorstellungen zu Kostenentwicklung und Interessenberücksichtigung ebenso beteiligt und können

noch immer das Gelingen dieser Strukturverbesserung für die Stadt Rheine zum Scheitern verurteilen.

Fraktionsübergreifend wurden auch Einsparungen in den Ausbauplänen z. B. der Fürstenberg-Realschule oder dem Kopernikus-Gymnasium getroffen. Vor dem Erfordernis der Sparsamkeit, wurden notwendige bauliche Maßnahmen beschlossen. Wünschenswertes -jedoch nicht finanzierbares- wurde aus den Plänen herausgenommen.

Auch die Errichtung von Kunstrasenplätzen zur Verbesserung der Strukturen einer sportgerechten Stadt wurde zurückgestellt, weil sie mit städtischen Mitteln derzeit nicht finanzierbar sind.

Einige Produkte und Positionen in den Haushaltsberatungen wurden jedoch zwischen den Fraktionen völlig unterschiedlich bewertet. Aus Sicht der SPD-Fraktion wird anhand nachfolgender Beispiele deutlich, dass die Mehrheit in den Ausschüssen sich nicht immer der Gefahr der Haushaltssicherung bewusst war und Wünschenswertes trotz der Finanzlage unbedingt durchsetzen wollte und durchgesetzt hat.

- Ertragserhöhungen im Bereich der Hundesteuern wurden nicht wie von der Verwaltung empfohlen verabschiedet, sondern so verändert, dass höhere Einnahmen kaum erzielt werden, der Verwaltungsaufwand jedoch steigt und die Hundebesitzer irritiert sind.

- Ein SPD-Vorschlag zur Deckung von höheren Aufwendungen der Bewachung von Kunstgegenständen wurde mit Stimmenmehrheit im Kulturausschuss abgelehnt. Der im Kulturausschuss vorgelegte noch undifferenzierte Deckungsvorschlag wurde durch die Kulturverwaltung konkretisiert und dann vom HFA mit der Mehrheit der CDU und FDP Ratsmitglieder verabschiedet. Eine Folge daraus: Die gerade abgeschlossenen Etatberatungen im Kultur- und im Schulausschuss waren schon ein paar Tage später nicht mehr aktuell und der Sportausschuss verabschiedete am nächsten Tag einen bereits durch das Votum des HFA veränderten Etat.

- Frei werdende Stellen der Verwaltung sollen nach dem Willen von CDU und FDP mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehen werden. Das Ziel der Reduzierung von Personalaufwendungen soll dadurch nachdrücklicher ins Bewusstsein gelangen. Der Rat hat aber schon mit der Einstellungssperre das entscheidende Instrument, weil jede freie Stelle, die nicht mit einem Angehörigen der Stadtverwaltung besetzt werden soll, das Einverständnis des Rates erfordert. Mit einem Entscheidungsvorbehalt zur Aufhebung eines kw-Vermerks erhält der Rat eine durch die Gemeindeordnung nicht vorgesehene und zugebilligte Kompetenz. Für den Fall der Nachbesetzung einer frei gewordenen Stelle durch einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin der Verwaltung wäre die Zustimmung durch den Rat erforderlich. Personalentwicklungen auch deutlich unterhalb der Fachbereichsleiterenebene sind deshalb vom Wohlwollen der Ratsmehrheit abhängig und nicht von den dafür entscheidenden Beurteilungen der bisherigen Leistungen, Befähigungen und Eignungen der Vorgesetzten.

Zur Verdeutlichung folgende denkbare Situation: Herr A, unverzichtbarer Fachmann in seinem Aufgabengebiet, verlässt aus Altersgründen die Verwaltung der Stadt

Rheine. Seine Stelle ist mit einem kw-Vermerk versehen. Die konkrete Stelle soll nach dem Willen des Verwaltungsvorstandes und des Personalrates mit Frau X besetzt werden. Der Stimmenmehrheit im Rat „gefällt“ die Frau X aber nicht und hebt den kw-Vermerk nicht auf. Erst nach Gesprächen zur Problemlösung wird der kw-Vermerk aufgehoben und Herr Y erhält die mit einer Beförderung verbundene Stelle.

Wenn von der CDU-FDP-Mehrheit gleichzeitig die externe Ausschreibung einer demnächst freiwerdenden Stelle gefordert wird, dann ist die Zielrichtung dieser kw-Vermerke nicht mehr logisch, es sei denn, die Mehrheitsfraktionen haben das Ziel Personalentscheidungskompetenzen von der Verwaltung in den Rat zu verlagern.

- Die zunächst im Stellenplan um eine halbe Stelle beantragte Stellenerhöhung im Bereich der Musikschule wurde durch den HFA nicht mitgetragen. Gleichzeitig soll nach dem Willen der CDU-FDP-Mehrheit eine auf zwei Jahre befristete 0,5-Stelle für den offenen Ganztags neu geschaffen werden. Die Hinweise auf zukünftige Möglichkeiten einer Landesförderung im Zusammenhang mit dem Projekt JEKI stellen sich zum jetzigen Zeitpunkt als Blankoscheck dar. Wenn dieses Projekt eine Förderung mit Landesmitteln vorsieht, die vom Land geförderten Stellen aber z. B. „**zusätzlich**“ geschaffen werden müssen, dann stehen wir in Rheine vor dem Dilemma, nämlich eine entsprechende Stelle bereits eingerichtet zu haben. Es wäre deshalb sicher besser, wenn die Stelle, für dieses inhaltlich sicher gute Projekt, erst ermöglicht wird, wenn die Bedingungen der Landesförderung bekannt sind und die unmittelbaren Kosten und Folgekosten für die Stadt Rheine beziffert werden können.

- Der Sportetat wurde einstimmig im Sportausschuss und im HFA um den Betrag der nicht ausgezahlten Erträge der Sportstättennutzungsgebühren des Jahres 2009 erhöht. Hier hat die Politik ihr Wort gehalten das sie mit der Einführung der Sportstättennutzungsgebühren gegeben hat. In einer vorangegangenen HFA-Sitzung wurde aber eine Kürzung des Sport- und Schuletats beschlossen, um wie bereits erwähnt, die Deckung der Bewachungskosten Bentlage zu gewährleisten. Eine nach unserer Beurteilung nicht logische Beschlusslage.

- In den Wahlkämpfen der letzten Monate / Jahre haben alle Parteien die Bedeutung der Bildung und insbesondere der schulischen Bildung hervorgehoben. Die erfolgte Kürzung im Bereich des Etats für die Schulen zur Deckung der Bewachungskosten für kulturelle Ausstellungen steht dazu u. E. im Widerspruch.

- Ein ohne Gegenstimmen im JHA beschlossener Vorschlag für die freie Kinder- und Jugendarbeit wurde mit CDU-FDP-Mehrheit dann im HFA für 2010 wieder aufgehoben und für 2011 um 50 % gekürzt. Gerade in diesem Tätigkeitsfeld wird u. E. deutlich, dass es zu wenig Verständnis für die präventiven Wirkungen gerade dieser Kinder- und Jugendarbeit gibt. Denn die vom JHA vorgeschlagenen Mittelerrhöhungen bewirken in der Folge sogar Kostenreduzierungen.

Soweit einige Beispiele unterschiedlicher Meinungen zu getroffenen Beschlüssen.

Ob und wie Aufwandsreduzierungen für die Stadt Rheine bei den Regelungen zum SGB II, der Rettungsleitstelle und den Berufskollegs eintreten ist noch offen. Die Position der SPD-Fraktion ist hier eindeutig. Der Kreis Steinfurt soll seine Kreisaufgaben wahrnehmen, eine Beteiligung der Stadt Rheine über die Kreisumlage hinaus kann und darf es bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht geben.

Die neu zu ordnenden Regelungen zum SGB II lassen in der Zielrichtung Gemeinsamkeiten der Ratsfraktionen erkennen. Demnach sollen die Leistungen der Optionskommunen aus einer Hand kommen.

Wir von der SPD-Fraktion sprechen uns klar dafür aus, dass der Kreis Steinfurt für alle Aufgaben eintritt und eine für die Fläche des Kreises angemessene dezentrale Organisation unterhält. Eine durch den Kreis zu treffende Lösung, die einigen Städten -und hier insbesondere den Städten Rheine und Steinfurt- finanzielle „Beiträge“ außerhalb der Kreisumlage abverlangt ist ungerecht. Die notwendigen Dienst- und Sozialleistungen sollen nach unserer Ansicht vom Kreis Steinfurt organisiert und getragen werden. Wir hoffen, dass dies auch in den Beschlüssen der morgigen Sitzung des Kreistages zum Ausdruck kommt.

Für die Funktion der Kreisleitstelle ist es völlig egal, an welchem Ort sie eingerichtet wird. Zusätzliche finanzielle Leistungen der Stadt Rheine sind nicht mehr erforderlich. Die Geschäftsgrundlage der früheren Vereinbarung zwischen Kreis Steinfurt und der Stadt Rheine sind zwischenzeitlich entfallen.

Eine Gefahr für die Existenz der Berufskollegs und ihren Angeboten können wir bei einer Trägerschaft durch den Kreis Steinfurt nicht erkennen. Die Verkehrsanbindungen, insbesondere auch des öffentlichen Nahverkehrs, der Wirtschaftsstandort und die Bevölkerungszahlen sprechen weiter für Rheine als den besten Standort für Berufskollegs. Nur wer dem Kreis Steinfurt bewusstes die Stadt Rheine und der Bevölkerung schädigendes Verhalten unterstellt kann u. E. zu einem anderen Schluss kommen.

Die SPD-Fraktion wird trotz der angespannten Finanzlage auch weiterhin die im Kommunalwahlprogramm formulierten Ziele anstreben. Gerade in Zeiten knapper Mittel müssen klare Schwerpunkte gesetzt werden. An erster Stelle steht für uns eine Bildungslandschaft, die im Kindertagesstättenalter beginnt und nach der Schul- und Berufsausbildung in eine sinnvolle Erwachsenen(weiter)bildung münden muss. Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit sind weiter die Ziele, die gerade bei finanziellen Sparzwängen unverzichtbar sind.

Zum Ende des Jahres endet die Amtszeit der Beigeordnetenstelle von Frau Ehrenberg. Erhebliche finanzielle Verbesserungen im Haushalt der Stadt Rheine lassen sich durch Personalkostenreduzierungen in anderen Strukturen der Aufbauorganisation der Verwaltung realisieren. Die SPD-Fraktion wirbt für die Stärkung der Stellung der Fachbereichsleiter und plädiert für das Auslaufen der besagten Beigeordnetenstelle zum 31. 12. 2010. Wesentliche Reduzierungen der Personalaufwendungen lassen sich nach unserer Ansicht gerade mit einer schlankeren Aufbauorganisation erzielen und nachhaltige Einsparungsziele wohl nur so erreichen.

Anrede

die erste und wichtigste Herausforderung unserer kommunalpolitischen Entscheidungen, nämlich den städtischen Haushalt in seinen Aufwendungen den Einnahmen anzupassen, haben wir nachhaltig mit der Verabschiedung des Haushaltes 2010 noch nicht bewältigt. Gelingen kann dies nach unserer

Überzeugung nur im Rahmen einer politischen Kultur des Miteinanders der Fraktionen und des Miteinanders zwischen Rat und Verwaltung, der Partizipation und Pflege eines Klimas der Anerkennung, insbesondere zu ehrenamtlichen Mitwirkenden. Die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf der Verwaltung mit den in den Fachausschüssen beratenen und vom HFA bewilligten Änderungen und dem Stellenplan zustimmen. Alle auch gegen unsere Stimmen verabschiedeten Maßnahmen die zu Aufwandssteigerungen geführt haben sind für sich genommen und in ihrer Gesamtheit nicht so gravierend. Sie ändern nichts an der grundsätzlichen Absicht, die Stadt Rheine unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage positiv zu entwickeln.